Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 9

Vorwort: Keine Extrawurst für Armeegegner

Autor: Brändli, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Keine Extrawurst für Armeegegner

Christian Brändli, Chefredaktor
christian.braendli@asmz.ch

Liebe Leserin, lieber Leser

Da attackiert Russland die einstige Brudernation Ukraine, da verstärkt China sein Muskelspiel gegenüber Taiwan und treibt seine Expansion im Südchinesischen Meer voran und da schrillen allerorten die Alarmglocken angesichts der gestiegenen internationalen Spannungen. Hierzulande aber hält ein links-grünes Bündnis unter der Ägide der Gruppe Schweiz ohne Armee unbeirrt an ihrer Volksinitiative «Stop F-35» fest und verlangt nun auch noch eine Extrawurst bei der Behandlung ihres Begehrens.

Lange zögern die links-grünen Armeegegner die Einreichung ihres Vorstosses, der auf eine nachhaltige Schwächung unserer Armee abzielt, aus taktischen Gründen hinaus. Erst als sie merken, dass die Verteidigungsministerin und die bürgerlichen Politiker nicht – mehr – bereit sind, der Initiative eine Vorwirkung zuzugestehen und auf eine rasche Unterzeichnung des Kaufvertrages für die 36 F-35A drängen, schwenken sie um.

Und nun glauben sie allen Ernstes, dass ihrem völlig aus der Zeit gefallenen Ansinnen auch noch eine Expressbehandlung zukommen soll. Innert sieben Monaten müsste die Initiative nun durch die Vorinstanzen gepeitscht werden, damit sie noch im März 2023 an die Urne käme – einige Tage vor Ablauf der Unterzeichnungsfrist für die Kaufverträge. Normalerweise dauern solche Prozesse nach Einreichung eines Volksbegehrens Jahre.

Ein Turbo für diese Initiative ist aus Gründen der Gleichbehandlung abzulehnen. Er wäre staatspolitisch äusserst bedenklich. Kommt hinzu, dass sich die Initianten diese zeitliche Dringlichkeit durch ihre Verzögerungstaktik selbst zuzuschreiben haben. Und es darf nicht vergessen werden: Das Volk hat bereits im September 2020, wenn auch knapp, dem Kauf von neuen Kampfflugzeugen zugestimmt.

In einzelnen Zeitungskommentaren wird gerade aus demokratiepolitischen Überlegungen einer solchen Expressbehandlung das Wort geredet und behauptet, der Bundesrat könne nur gewinnen. Mit keiner Silbe wird dort aber erwähnt, welch unheilvolles Präjudiz damit geschaffen würde. Und ganz Blauäugige argumentieren gar, dass halt bei einem unerwarteten Ja zu dieser Initiative einfach einer der europäischen Jets gekauft werden könne.

Damit sitzen diese aber – ob bewusst oder unbewusst – einer Täuschung der Initianten auf. Zwar erwähnen Letztere explizit nur den F-35, den sie ablehnen. Implizit aber wird jeder weitere Jet-Kauf verunmöglicht, da das Armeebudget nach unten angepasst werden müsste, und das bis 2040. Dass die Armeeabschaffer mit ihrer Initiative letztlich die Armee auf lange Sicht schwächen wollen, zeigen sie offen in einer Mitte 2021 herausgegebenen Broschüre. «Aus Sicht der Trägerschaft des Kampfjetreferendums sind sämtliche Kampfjet-Typen vehement abzulehnen», steht da. Jeder weitere Kommentar erübrigt sich.

Der Nationalrat soll es in der Herbstsession dem Ständerat gleichtun und den Bundesrat ermächtigen, die F-35A, die aufgrund ihrer überragenden Technologie in kurzer Zeit zum europäischen Standard geworden sind, im Interesse unserer Sicherheit umgehend zu beschaffen.

Die massiven Veränderungen in der europäischen und weltweiten Sicherheitsarchitektur bedingen aber auch, dass sich die Politik rasch und intensiv mit der Frage auseinandersetzt, wie unsere Neutralität ausgestaltet sein soll und welche Auswirkungen das auf unsere sicherheitspolitischen Instrumente und damit insbesondere auf Auftrag sowie Ausrüstung unserer Armee hat. Wo SVP und FDP da stehen, ist in dieser Ausgabe zu lesen. Und der Politikwissenschafter Alois Riklin liefert mit seiner Checkliste zur Neutralität der Schweiz einen informativen Überblick über die Entwicklung dieses politischen Instruments.